



Reiche Ernte ...

WWW.SN.AT/WIZANY

## Einen McWerner mit Kernölpommes, bitte!

Die Wiener Vizebürgermeisterin Birgit Hebln ist es, Neos-Chefin Beate Meini-Reisinger tut es ebenfalls, weil Vizekanzler und Grünen-Chef Werner Kogler es getan hat: Burgeressen in einem Fast-Food-Lokal.

**GLOSSE**  
Marian Smetana

Die „Soliburger“ mit Kogler machen in den sozialen Netzwerken gerade die Runde, weil der Grünen-Chef beim Burgerempfang „ertappt“ wurde. Für den Boulevard ist „Burgergate“ jedenfalls buchstäblich ein gefundenes Fressen. „Wasser predigen, Wein saufen!“,

schreibt ein gestrauchelter Ex-BZÖ-Politiker öffentlichkeitswirksam. Ein Grüner bei einer internationalen Fast-Food-Kette. Wie passt das zusammen? Die Antwort ist ganz einfach: SPÖ-Chefs trinken nicht nur Automatenkaffee, Grünen-Chefs ernähren sich nicht nur von Biovollkornmisch und FPÖ-Chefs essen nicht nur Schnittzel. Die Welt ist kompliziert. Den Empörern sei noch eine Sache als Nachschlag mitzugeben: Solch unappetitive Kampagnen können nach hinten losgehen, das zeichnet sich in den Kommentaren im Netz derzeit ab. Und die Fast-Food-Kette könnte ja vielleicht bald einen „McWerner“ mit Kernölpommes anbieten.

# Ethik für Oberstufen kommt mit Verzögerung

Die neue Regierung beschränkt sich auf alte Vorhaben. Verpflichtend soll das Fach nur für jene sein, die keinen Religionsunterricht besuchen.

INGE BALDINGER

WIEN. Mit dem Ersatzpflichtfach Ethikunterricht nur für die AHS-Oberstufen und die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS) wird Türkis-Grün umgesetzt, was unter Türkis-Blau vorbereitet wurde. Die Grünen hätten sich deutlich mehr gewünscht. Sie hatten sich stets für ein Pflichtfach Ethik für alle Schüler eingesetzt. Ihr ehemaliger Bildungssprecher Harald Walser, der auch an den Regierungsverhandlungen beteiligt war, zählt zu den Initiatoren des Volksbegehrens „Ethik für alle“. Es fordert die verpflichtende Einführung eines Ethikunterrichts an allen Schulen mit Öffentlichkeitsrecht, von der ersten Volksschulklasse bis zur Matura.

Ursprünglich sollte das Ersatzpflichtfach Ethik, das seit vielen Jahren als Schulversuch läuft – unterdessen an 215 Standorten –, mit dem Schuljahr 20/21 ins Regel-schulwesen übernommen werden, erst an den AHS-Oberstufen, dann

an den berufsbildenden Schulen. Durch die vom Ibiza-Skandal ausgelöste vorgezogene Neuwahl, die Installation einer Übergangsregierung und die langen Koalitionsverhandlungen verzögert sich das Vorhaben um ein Jahr. Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) peilt nun Herbst 21/22 an und betont, dass „nach mehr als 20 Jahren Diskussion“ nicht nur eine gute Idee, sondern auch eine jahrelange Empfehlung des Rechnungshofs umgesetzt werden wird.

Startend mit der neunten Schulstufe wird der Ethikunterricht ab dem Schuljahr 21/22 für alle Schülerrinnen und Schüler, die entweder konfessionslos sind oder sich vom konfessionellen Religionsunterricht abgemeldet haben, verpflichtend.

Die Vorarbeiten sind weit gediehen. So wurden an allen Pädagogischen Hochschulen (PH) Ethiklehrkräfte eingerichtet, die im Herbst starten und als Vollzeitstudium ein Jahr dauern. Rund 400 Pädagogen machen derzeit die Weiterbildung zu Ethiklehrern. Davor erwor-

bene Qualifikationen für den Ethikunterricht blieben aufrecht und müssten nicht ergänzt oder aufgefrischt werden, heißt es im Bildungsministerium. Erste Lehrpläneentwürfe für die neunte Schulstufe seien bereits fertig, damit die Schulbuchverlage mit den Vorarbeiten für die notwendigen Approbationsverfahren beginnen könnten. Geht es nach dem Bildungsminister, wird auch der Kampf gegen Hass im Internet ein Fixpunkt sein.

Der Lehrplan basiert auf einem Entwurf der „Bundesarbeitsgemeinschaft der EthiklehrInnen“ und muss letztlich verordnet werden. Für das Pflichtfach Ethik sind Gesetzesänderungen notwendig, die ebenfalls schon vorbereitet sind. Faßmann hofft auf einen baldigen Parlamentsbeschluss.

Die Vertreter des Volksbegehrens „Ethik für alle!“ üben scharfe Kritik. Verpflichtender Ethikunterricht erst ab der Sekundarstufe II komme viel zu spät. Und werde er bloß als Ersatz für Religion Pflicht, stärke das nur den Religionsunterricht.



## Koalition von Pflegeheim zur Polizei

Einen Tag nach ihrem Besuch in einem Wiener Pflegeheim statten Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Vizekanzler Werner Kogler (Grünen) am Dienstag der Polizeiinspektion auf dem Wiener Westbahnhof einen Besuch ab. Beide versprochen bessere Arbeitsbedingungen für die Polizei. Innenminister Karl Nehammer sagte, er möchte 4300 zusätzliche Polizisten auf die Straßen bringen.

BILD: SN/APAR/DIAND SCHLAGER

## Ausweitung des Kopftuchverbots entzweit die ÖVP und die Grünen

WIEN. Die neue Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) hält nach dem geplanten Kopftuchverbot für Mädchen bis 14 Jahren auch ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen an öffentlichen Schulen für möglich. Der Koalitionspartner winkt jedoch ab. Ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen

sei für ihn und die Grünen „nicht vorstellbar“, sagt Vizekanzler Werner Kogler. Bundeskanzler Sebastian Kurz stärkt seiner Ministerin hingegen den Rücken: „Ich teile ihre Einschätzung.“ Raab begründet ihren Vorstoß damit, dass es darum geht, welches Rollenbild an den Schulen vermittelt werde. SN, APA

## SPÖ hält nichts von den türkis-grünen Plänen zur Pflege

WIEN. Die SPÖ sieht in den türkis-grünen Plänen zur Lösung des Pflegeproblems „reine Beruhigungsspielen“. Parteichefin Pamela Rendi-Wagner vermisst vor allem bei der Finanzierung und bei der Unterstützung pflegender Angehöriger Antworten. Sie befürchtet, das mit der geplanten Pflegeversicherung Selbstbeiträge eingeführt und die Unfallversicherungsanstalt zerschlagen werden sollen. Für pflegende Angehörige schlägt die SPÖ das „Modell Bergland“ vor, also eine Anstellung beim Land. Rendi-Wagner forderte Sozialministerin Rudi Anschober (Grüne) auf, zu prüfen, ob das nicht eine generelle Möglichkeit für pflegende Angehörige im ländlichen Raum sei. SN, APA

# Neue Kasse startet mit 70 Millionen Defizit

Die neun Gebietskrankenkassen wurden zusammengeführt. Die Fusion soll sparen helfen.

ANTON PRLIČ

SALZBURG. Es ist die drittgrößte Sozialversicherung Europas, der Matthias Krenn seit Jahresbeginn als Obmann vorsteht. 7,2 Millionen Versicherte hat die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK), die durch die Zusammenführung der neun Gebietskrankenkassen entstanden ist. Krenn, FPÖ-Bürgermeister von Bad Kleinkirchheim, wurde von den Arbeitgebervertretern als Obmann nominiert. Im Halbjahresrhythmus wechseln er und der Arbeitnehmervertreter, der Salzburger Baugewerkschafter Andreas Huss, einander in dieser Funktion ab.



„Müssen Defizit in den Griff bekommen.“  
Matthias Krenn, Obmann ÖGK

Der Verfassungsgerichtshof hatte noch vor Weihnachten dem Umbau und der neuen Zusammensetzung der Gremien der Gesundheitskasse grünes Licht erteilt. Hinter den Kulissen lief die Fusion schon in den neun Monaten davor. Trotz der politischen Debatten seien diese Arbeiten von den Mitarbeitern voll getragen worden, sagt Matthias Krenn. „Wir hatten etwa 18.800 Formulare zu vereinheitlichen. 700

Mitarbeiter waren mit der Zusammenführung beschäftigt. Das hätten wir nicht geschafft, wenn die Leute nicht daran geglaubt hätten.“ Die Zusammenführung habe Geld gekostet, auf längere Sicht erhoffe man sich aber Synergieeffekte, sagt Krenn. „Das sind etwa Teile der IT, die wir nicht mehr brauchen. Und wir haben den natürlichen Abgang der Mitarbeiter, die wir nicht 1:1 sondern 1:3 oder 1:4 nachbestellen werden.“

Einsparungsbedarf gibt es in der ÖGK auf jeden Fall. Zwar bilanzierten etwa die Kassen in Salzburg und Oberösterreich seit Jahren positiv. Zusammen standen die GKK aber mit Jahresende mit einem Minus von 70 Millionen Euro da. Bis Ende

2020 soll das Kassendefizit weitere 175 Millionen Euro betragen. Da seien die Synergieeffekte aber noch nicht eingepreist, sagt Krenn. „Unsere Aufgabe wird sein, das in den Griff zu bekommen, ohne die Leistungen zu verschlechtern.“

Das hatte die türkis-blaue Regierung anlässlich der Kasseneröffnung versprochen. Vizeobmann Andreas Huss ist skeptisch, ob das Defizit so einfach ausgeglichen werden kann. „Bis Ende 2021 sollen noch einmal 260 Millionen Defizit dazukommen. Selbst wenn wir 1000 Mitarbeiter weniger haben, bringt das nur 50 Millionen Euro Ersparnis. Und gleichzeitig sollen die Leistungen besser werden. Ich sehe derzeit nicht, wie sich das ausgeben soll.“